

Der neue Tag

Oberpfälzischer Kurier

33. Jahrgang / Nr. 122

Weiden, Mittwoch, 31. Mai 1978

Einzelpreis 60 Pfennig

Jimmy Carter greift Sowjets an

Die Rolle des Kremls in Afrika berührt auch Nato-Interessen — Schmidt sprach den Präsidenten

Washington. (dpa) Der amerikanische Präsident Jimmy Carter hat die Nato am Dienstag zur „Wachsamkeit“ gegenüber der sowjetischen Expansion in Afrika aufgerufen und die Ostblockstaaten zugleich einer Aufrüstung beschuldigt, die bei weitem über ihre legitimen Sicherheitsbedürfnisse hinausgehe. Wie Nato-Generalsekretär Joseph Luns, machte Carter damit die sowjetische Politik auf dem schwarzen Kontinent zu einem herausragenden Thema auf der zweitägigen Gipfelkonferenz der Allianz in Washington. Beide betonten allerdings, daß ein Eingreifen in Afrika nicht Sache des Bündnisses, sondern nur einzelner Mitglieder sein könne.

„Unsere Allianz konzentriert sich auf Europa, aber unsere Wachsamkeit kann nicht auf den Kontinent beschränkt bleiben“, sagte Carter in einer Rede vor den im Kennedy-Zentrum versammelten Regierungschefs und Ministern der 15 Bündnispartner. Er wies darauf hin, daß sich der sowjetische Einfluß in den letzten Jahren weit über das Gebiet des Nordatlantiks hinaus ausgedehnt habe. „Heute hindern Aktionen der Sowjetunion und Kubas in Afrika einzelne Länder daran, ihre eigene Zukunft zu bestimmen“, sagte Carter. „Als Mitglieder der größten Allianz auf der Erde können wir diesen Ereignissen gegenüber nicht unbeteiligt bleiben — wegen ihrer Bedeutung für Afrika und ihrer Auswirkungen auf die langfristigen Interessen des Bündnisses.“

Carter stellte sich hinter die Bemühungen einzelner Nato-Mitglieder, für Stabilität und Frieden in Afrika zu arbeiten und hob dabei das französische Eingreifen in Zaïre hervor. Am gleichen Tag war in Washington bekannt geworden, daß sich Carter und der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing auf eine Unterstützung gemeinsamer afrikanischer Verteidigungsmaßnahmen gegen Kräfte von außen geeinigt hätten.

Ungeachtet der Kritik, die in den Eröffnungsreden am sowjetischen Verhalten in Afrika geübt wurde, sprachen sich Präsident Carter und Bundeskanzler Schmidt bei einem gemeinsamen Gespräch im Weißen Haus für ein verbessertes Ost-West-Verhältnis aus. Bei einem Frühstück informierte der Kanzler den amerikanischen Präsidenten über die Ergebnisse des Breschnjew-Besuchs in der Bundesrepublik. Der amerikanische Präsident legte dem Kanzler den aktuellen Stand von Salt II dar. Bei dieser Gelegenheit betonte Carter, daß bei einer Regelung, die die amerikanische Regierung anstrebe, die Interessen aller Mitgliedsstaaten des Bündnisses „abgedeckt“ sein würden.

Dem Bundeskanzler, der sich bei einer Begegnung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Konstantin Karamanlis vermittelnd in den griechisch-türkischen Zypernkonflikt eingeschaltet hatte, war es bei einem Gespräch mit Carters Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski gelungen, angebliche Befürchtungen der Amerikaner über eine „Finnlandisierung“ der Bundesrepublik auszuräumen. Der Bonner Regierungssprecher Klaus Bölling erklärte hinterher, dieses Thema sei nunmehr „vom Tisch“. Der Begriff war im Zusammenhang mit einem Interview des Kanzlers und einem Kommentar in der „Herald Tribune“ aufgetaucht. Er umschreibt eine Neutralitätspolitik zwischen den Großmächten bei eingeschränkter Handlungsfreiheit gegenüber der Sowjetunion.

(Dazu ein Kommentar Seite 2)

Drohung eines Computers

Los Angeles. (dpa) Mit seltsamen Briefen beglückt eine Bank in Los Angeles neuerdings ihre Kundschaft. Zum Beispiel: „Dies ist eine Mahnung ihres freundlichen Computers. Sie stehen bei uns mit 48,88 Dollar in der Kreide. Wenn Sie diese Summe nicht in Kürze begleichen, bekommen Sie es mit einem Menschen zu tun.“



TAUSENDE VON FÄHNCHENSCHWENKENDEPRAGERN säumten Dienstag bei hochsommerlichem Wetter die Straßen, als der sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnjew zu einem viertägigen Staatsbesuch in der tschechoslowakischen Hauptstadt eintraf. Betont herzlich wurde der Moskauer Gast auf dem Prager Flughafen von der Führung des Landes mit Staats- und Parteichef Gustav Husak an der Spitze begrüßt. Breschnjew, der einen müden, aber gutgelaunten Eindruck machte, war das letzte Mal 1973 in Prag. Eigenes Funkbild: dpa-upi

Ausweise der Frauen nicht überprüft

Baumann: Trotz Anweisung — Kein Rücktrittsangebot — Belgrad zur Auslieferung bereit

Berlin/Bonn. (dpa) Die politische Auseinandersetzung um einen möglichen Rücktritt des Berliner Justizsenators Professor Jürgen Baumann (FDP) nach der gewaltsamen Befreiung des mutmaßlichen Terroristen Till Meyer aus der Untersuchungshaft hielt am Dienstag an. Konsequenzen zeichneten sich nicht ab. Baumann erklärte, er habe dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stöbbe (SPD) seinen Rücktritt noch nicht angeboten, weil es keine Automatik für einen Rücktritt nach einer solchen terroristischen Aktion geben dürfe.

Die Fahndung nach Till Meyer und den beiden Frauen, die ihm zur Flucht verholfen hatten, brachte bisher keine greifbaren Ergebnisse.

Zum Ablauf der Befreiungsaktion sagte Baumann, die Beamten in der Untersuchungsanstalt hätten trotz entsprechender Anweisungen die Personalpapiere der beiden Frauen nicht überprüft. Die Anwaltsausweise waren nach Angaben des Senators nicht verfälscht, sondern Neuanfertigungen. Es sei nicht auszuschließen, daß sich die Frauen damit schon früher Eintritt verschafften, um Möglichkeiten für eine Gefangenenbefreiung auszukundschaften.

Nach bisherigen Ermittlungsergebnissen hatten die Frauen eine Maschinenpistole und eine Pistole mit Schalldämpfer mitgebracht. Auf den Justizbeamten habe Meyer geschossen.

Baumann erklärte, der Verdacht gegen die Rechtsanwälte Nicolaus Becker und Detlef Müllerhoff, bei der Befreiung mitgewirkt zu haben, sei noch nicht ausgeräumt. Die Anwälte hatten sich mit Till Meyer und Andreas Vogel in den Sprechzellen aufgehalten.

Die Rechtsanwältin Frau Ingrid Lohstötter wurde am Dienstagabend auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beim Berliner Kammergericht freigelassen. Dies teilte ein Justizsprecher ohne nähere Begründung mit. Sie war im

Zusammenhang mit der Befreiung Meyers vorläufig festgenommen worden.

Als Folge der Befreiung werden jetzt alle Anwälte, Richter und Staatsanwälte am Eingang der Untersuchungsanstalt nach Waffen durchsucht, ebenso die Bediensteten der Anstalt. Der Justizsenator ordnete außerdem an,

Mit der Abtrennung und vorläufigen Aussetzung des Verfahrens gegen den 34-jährigen mutmaßlichen Terroristen Till Meyer setzte am Dienstag der Erste Strafsenat des Berliner Kammergerichts den Dreikmann-Lorenz-Prozess fort. Andreas Vogel (22), dessen Befreiung gescheitert war, verlas eine Erklärung zu der Aktion, in der er die Vermutung, daß Verteidiger beteiligt sein könnten, entschieden zurückwies. Die Befreiung mache Mut, da sie gezeigt habe, daß „der bewaffnete Kampf hier und heute möglich“ sei; sie sei das exemplarische Beispiel einer revolutionären Guerillaaktion gewesen.

Die Bundesanwaltschaft beantragte, die Verteidiger von Meyer und Vogel, die während der Befreiungsaktion mit ihren Mandanten in Sprechzellen gewesen waren, als Pflichtverteidiger zu entlassen und sie entsprechend Paragraph 138 a Strafprozeßordnung auszuschließen. Es bestehe der Verdacht, daß sie an der Befreiung schuldhaft mitgewirkt hätten.

Belgrad wünscht die Auslieferung von acht in der Bundesrepublik lebenden Jugoslawen, die es schwerer Verbrechen beschuldigt. Dies wurde von zuverlässiger Seite am Dienstag in Bonn bekannt. Gleichzeitig wurde bestätigt, daß Jugoslawen zur Auslieferung der vier in Zagreb verhafteten deutschen Terroristen bereit sei, ohne daß ein direktes Junktim zwischen beiden Vorgängen hergestellt worden wäre.

(Seite 2: Belgrad ...)

Sadat: Spätestens in zwei Monaten

Entscheidung bei Nahost-Friedensbemühungen erwartet — Amerika soll voll einsteigen

Kairo. (dpa) In spätestens zwei Monaten erwartet der ägyptische Präsident Anwar El-Sadat eine Entscheidung bei den derzeit stillstehenden Nahostfriedensbemühungen. Vor der Presse erklärte er am Dienstag, entweder gerieten die Friedensbemühungen wieder in Bewegung oder „sie erweisen sich als Fehlschlag“.

Sadat übte auch heftige Kritik an der Berichterstattung ausländischer Journalisten über das Referendum vor anderthalb Wochen. „Ich bin gar nicht glücklich mit dem, was Sie in letzter Zeit geschrieben haben“, meinte Sadat und forderte die Auslandspresse auf, künftig „wahrheitsgetreuer“ zu schreiben. Besonders britische Medien fanden sein Mißfallen.

Die ägyptische Friedensinitiative werde „nie sterben“. Er warte nun darauf, daß die Vereinigten Staaten „ihren vollen Anteil als volle Partner“ in den Bemühungen um Frieden im Nahen Osten übernehmen. Bisher hätten die Amerikaner diese Rolle nicht ganz gespielt. Fast täglich sei er derzeit mit Präsident Jimmy Carter in Kontakt, sagte Sadat.

Für den ägyptischen Nationalfeiertag am 23. Juli kündigte Sadat in diesem Zusammenhang eine „Überraschung“ an, ging jedoch nicht auf Details ein.

Der Präsident deutete auf Anfrage an, daß die endgültige Frist für eine Entscheidung in den Nahostbemühungen im Oktober ablaufen könne, dann nämlich, wenn das zweite Sinaï-Entflechtungsabkommen ausläuft.

Wagner aufgespürt

Simon Wiesenthal erkannte ehemaligen Vize-Lagerkommandanten auf einem Bild

Wien. (dpa) Der Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, Simon Wiesenthal, hat seinen Angaben zufolge den früheren stellvertretenden Kommandanten der Konzentrationslager Sobibor und Treblinka, Gustav Wagner (66), in Brasilien aufgespürt.

Wie Wiesenthal am Dienstag auf Anfrage mitteilte, wurde Wagner seinen Informationen zufolge am Sonntag von der brasilianischen Geheimpolizei in Sao Paulo in Gewahrsam genommen. Er werde an einem unbekanntem Ort festgehalten, weil die brasilianischen Behörden offenbar auf mögliche Auslieferungsbegehren aus der Bundesrepublik, aus Österreich (Wagner ist in Wien geboren) und aus Polen warteten.

Laut Wiesenthal ist Wagner für den Tod von 250 001 Menschen mitverantwortlich. Wagner habe im vorigen Monat in Brasilien an einer Veranstaltung ehemaliger Nazis anlässlich des „Führergeburtstages“ am 20. April teilgenommen. Eine brasilianische Zeitung veröffentlichte ein Bild von dem Treffen, und Wiesenthal erkannte seinen Worten zufolge Wagner auf diesem Foto einwandfrei. Außerdem lebe in Düsseldorf zu lebenslänglicher Haft verurteilt und starb 1971 im Gefängnis.

Der frühere Kommandant von Treblinka, Franz Stangl, war 1967 in Brasilien verhaftet und an die Bundesrepublik ausgeliefert worden. Er wurde in Düsseldorf zu lebenslänglicher Haft verurteilt und starb 1971 im Gefängnis.

Irene Einemann hat geklagt

Für „gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit“

Delmenhorst/Oldenburg. (dpa) Die Delmenhorster Bäckerhilfin Irene Einemann, die als erste Frau in der Bundesrepublik den Grundsatz „gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit“ im Verhältnis zu den männlichen Beschäftigten durchsetzen will, hat Klage beim Arbeitsgericht Oldenburg eingereicht.

Die 40 Jahre alte Arbeiterin ist in einer Brotfabrik in Delmenhorst am Brotfen zu sammen mit männlichen Kollegen beschäftigt. Frau Einemann erhält 6,86 Mark je Stunde ferner eine monatliche Zulage von 100 Mark. Ihre männlichen Kollegen erhalten 8,24 Mark sowie eine außertarifliche Zulage von 70 Pfennig je Stunde. Damit verdient die Arbeiterin rund 200 Mark im Monat weniger als die Männer. Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger, der Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben der Frau moralische und materielle Unterstützung bei dem möglicherweise langwierigen Klageweg zugesichert. Frau Einemann ist Betriebsrätin in der Brotfabrik.

Heuer hundert Spender

„Mister Zehnprozent“ hatte erneut Erfolg

Frankfurt. (Ihe) Zum zehnten Mal hat ein unter dem Namen „Mister Zehnprozent“ bekanntgewordener anonym Kaufmann aus dem Rhein-Main-Gebiet der Aktion „Brot für die Welt“ zehn Prozent seines Einkommens zur Verfügung gestellt.

Wie der Evangelische Pressedienst in Frankfurt mitteilte, hat der Direktor der Ökumenischen Abteilung des Diakonischen Werkes, Hans Otto Hahn, in Stuttgart einen Scheck des Unbekannten über 120 000 Mark in Empfang genommen. Nach Angaben von epd hat die seit 1969 laufende Aktion bisher rund eine Million Mark für Entwicklungsprojekte in Übersee erbracht. „Mister Zehnprozent“, der in den vergangenen Jahren jeweils die Beteiligung von mindestens 30 weiteren Spendern zur Voraussetzung für seinen eigenen Beitrag machte, hatte heuer zum ersten Mal 100 freiwillige Mitstreiter gefunden, die ebenfalls den zehnten Teil ihres Einkommens spendeten.

Rechtsextremisten verhaftet

Staatsanwalt: Sprengstoffanschlag geplant

Kiel. (dpa) Die schleswig-holsteinische Landespolizei hat drei Mitglieder einer rechtsgerichteten Organisation festgenommen.

Gegen sie ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen des „Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung und wegen der Verabredung zu einem Verbrechen“ Haftbefehl erlassen worden. Den Beschuldigten wird unter anderem vorgeworfen, einen Sprengstoffanschlag geplant zu haben. Bei einem wurden Waffen und nationalsozialistisches Propagandamaterial gefunden.